

**Wirtschaftspläne für das Geschäftsjahr 2024/25 einschl. Mittelfristplanung bis 2027/28 der Stadtwerke Ingolstadt Freizeitanlagen GmbH, der Ingolstädter Verkehrsgesellschaft mbH, und der Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR**  
**(Referenten: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, Bürgermeisterin Kleine)**

**Antrag:**

1. Der Stadtrat genehmigt:
  - a. die Fortschreibung des Wirtschaftsplans der **Stadtwerke Ingolstadt Freizeitanlagen GmbH für das Geschäftsjahr 2023/24** hinsichtlich des Anstiegs der nicht erlösgedeckten Aufwendungen - insbesondere aufgrund der geringeren Erlöse der Donautherme - um 2,3 Mio. EUR auf 14,7 Mio. EUR (*vgl. Ziffer 2*)
  - b. den vorgelegten Wirtschaftsplan der **Stadtwerke Ingolstadt Freizeitanlagen GmbH für das Geschäftsjahr 2024/25**.

Für den laufenden Betrieb der Anlagen werden

bei Erlösen von TEUR 11.643  
 und Aufwendungen von TEUR 25.764  
 nicht erlösgedeckte Kosten von TEUR 14.121 genehmigt (*vgl. Ziffer 2*);

Der Ausfall von Erlösen aufgrund der derzeit nicht möglichen Nutzung der Thermenbereichs des Erlebnisbades wird nach aktuellen Erkenntnissen (Stand 18.10.2024) auf rund 1 Mio. EUR geschätzt; dies erhöht die vorstehend dargestellten nicht erlösgedeckten Kosten. Kosteneinsparungen zur Teilkompensation der Erlösfälle sind im höchstmöglichen Umfang umzusetzen.

Die Dachsanierung für das Erlebnisbad ist soweit möglich zurückzustellen; der im Geschäftsjahr 2024/25 enthaltene Teilbetrag von TEUR 140 wird daher zunächst noch nicht freigegeben. Für Investitionen 2024/2025 wird ein Budget (einschl. Übertrag aus 2023/24) von TEUR 5.779 bewilligt.

Zudem wird eine Verpflichtungsermächtigung für die Maßnahmen Kreislauf-Verbundsysteme sowie Sanierung des Verwaltungstrakts, beides die Donautherme betreffend, in Höhe von TEUR 310 genehmigt.

Ausgleichsleistungen	fortg. Plan	Delta	Fortschreibung	Delta	Plan
	2023/24		2023/24		2024/25
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
<b>Verlustausgleich durch SWI-B</b>	<b>-12.408</b>	<b>-2.308</b>	<b>-14.716</b>	<b>595</b>	<b>-14.121</b>
<i>für Bäder</i>	<i>-9.246</i>	<i>-3.029</i>	<i>-12.275</i>	<i>1.260</i>	<i>-11.015</i>
<i>für Saturn-Arena mit Zweiter Eishalle</i>	<i>-3.162</i>	<i>721</i>	<i>-2.441</i>	<i>-665</i>	<i>-3.106</i>

Vor dem Hintergrund, der sich abzeichnenden Mindererlöse aufgrund der derzeit nicht möglichen Nutzung der Thermenbereichs des Erlebnisbades kann für das Geschäftsjahr 2024/25 abweichend ein erhöhter Verlustausgleich von bis zu TEUR 15.121 erfolgen.

Als weitere Ausgleichsleistungen für die erforderliche Finanzierung der Anlagen und des Betriebes können der Stadtwerke Ingolstadt Freizeitanlagen GmbH im Rahmen der DAWI-Betrauungsakte - neben der bereits bestehenden nachstehend dargestellten Sicherheitenstellung für Bankdarlehen durch die Stadt Ingolstadt - für den übrigen Kreditbedarf bis zur Höhe von 49 Mio. EUR von der Stadt Ingolstadt, der INKB oder der Stadtwerke Ingolstadt Beteiligungen GmbH Kreditmittel (für die

Bäder 42 Mio. EUR; für die Saturn Arena mit Zweiter Eishalle 7 Mio. EUR) zum laufzeitkongruenten Euribor-Satz zuzüglich eines Aufschlags von 15 Basispunkten zur Verfügung gestellt werden.

Für eine alternative Inanspruchnahme von Kreditmitteln der Stadtwerke Ingolstadt Freizeitanlagen GmbH - insbesondere bei Banken – kann die Stadt Ingolstadt Patronatserklärungen oder Bürgschaften im Rahmen der DAWI-Betrauungsakte gewähren.

Kreditgewährung/Sicherheitenstellung	Prognose	Plan	Plan	Plan	Plan
	30.09.2024	30.09.2025	30.09.2026	30.09.2027	30.09.2028
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
bestehende Patronatserklärung	10.112	9.158	8.168	7.141	6.074
bestehende Bürgschaften	27.000	26.100	25.200	24.300	23.400
<b>bestehende Sicherheitenstellung für Bäder bei Banken</b>	<b>37.112</b>	<b>35.258</b>	<b>33.368</b>	<b>31.441</b>	<b>29.474</b>
grundschuldbesicherte Kreditaufnahmen für Bäder bei Banken	6.433	5.734	5.035	4.336	3.637
<b>übriger Kreditbedarf</b>	<b>45.925</b>	<b>48.604</b>	<b>49.453</b>	<b>47.674</b>	<b>44.960</b>
<i>für Bäder</i>	41.549	41.476	41.567	40.469	38.570
<i>für Saturn Arena mit Zweiter Eishalle</i>	4.376	7.128	7.886	7.205	6.390
Kreditinanspruchnahme gesamt	89.470	89.596	87.856	83.451	78.071

3. Der Stadtrat stimmt dem vorgelegten Wirtschaftsplan der **Ingolstädter Verkehrsgesellschaft mbH** für das **Geschäftsjahr 2024/25** zu.

- a. Im Rahmen des Erfolgsplans der Ingolstädter Verkehrsgesellschaft mbH werden nicht erlösgedeckte Kosten von TEUR 21.851 genehmigt.
- b. Die im Wirtschaftsplan 2024/25 und der Mittelfristplanung der Stadtbus Ingolstadt GmbH berücksichtigten, folgenden weiteren Konsolidierungsmaßnahmen
  - Linie 70 mit einer jährlichen Kosteneinsparung von TEUR 360
  - Linien 20 / 21 / 22 mit einer jährlichen Kosteneinsparung von TEUR 339
  - N- / S-Linien mit einer jährlichen Kosteneinsparung von TEUR 350

werden genehmigt.

- c. Für Investitionen der Stadtbus Ingolstadt GmbH und der Ingolstädter Verkehrsgesellschaft werden für 2024/25 ein Budget von TEUR 4.800 genehmigt.

Für Busse und die Elektrifizierung des Betriebshofes am Nordbahnhof mit Geländestreifenertüchtigung werden ferner Verpflichtungsermächtigungen für die Geschäftsjahre 2025/26 und 2026/27 von TEUR 10.319 bei erwarteten Fördermitteln von TEUR 4.545 genehmigt.

- d. Kreditaufnahmen können bei der Ingolstädter Verkehrsgesellschaft mbH und der Stadtbus Ingolstadt GmbH insgesamt bis zur Höhe von 45 Mio. EUR beansprucht werden.
- e. Die Mittelfristplanung bis 2027/28 wird zur Kenntnis genommen.

4. Der Stadtrat stimmt dem um den Verlustausgleich bei der Stadtwerke Ingolstadt Beteiligungen GmbH fortentwickelten **Wirtschaftsplan der Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR** für das Wirtschaftsjahr 2024/25 und dem 5 Jahres-Finanzplan bis September 2028 zu.

Etwaige höhere Ausgleichsleistungen für das Geschäftsjahr 2024/25 gemäß Ziffer 2 werden von INKB zunächst als Verlust vorgetragen und ihre Deckung im fünfjährigen Ausgleichszeitraum bis 2030 geprüft.

5. Die erforderliche **Ausgleichszahlung der Stadt Ingolstadt an die Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR** für das Wirtschaftsjahr 2023/24 von TEUR 21.281 wird genehmigt und zum Haushalt 2025 angemeldet.

6. Die erforderlich **Ausgleichszahlung der Stadt Ingolstadt an die Ingolstädter Kommunalbetriebe AöR** für das Wirtschaftsjahr 2024/25 von TEUR 17.341 wird genehmigt und zum Haushalt 2026 angemeldet.

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	15.10.2024	Vorberatung
Stadtrat	22.10.2024	Entscheidung

### **Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 15.10.2024**

Stadtrat Stachel hinterfragt die in der Vorlage auf Seite 14 ausgewiesenen künftigen Investitionen im Bereich Energieversorgung das Strom- und Wärmenetz betreffend und möchte wissen, ob mit diesen Mitteln die Erreichung der Klimaziele bis zum Jahr 2035 möglich sei.

Frau Steinherr antwortet, dass die Wärmetransformationsplanung, die im Stadtrat noch nicht beschlossen wurde, noch nicht enthalten ist. Die erforderlichen Anstrengungen für eine CO<sub>2</sub>-Neutralität bis zum Jahr 2035 seien noch nicht umfänglich berücksichtigt. Ihres Erachtens mache es Sinn, diese Frage in der Stadtratsitzung, bei Vorstellung des Wärmetransformationsplans nochmals zu diskutieren.

Da ganz andere Summen im Raum stehen, sei Stadtrat Stachel davon ausgegangen, dass dies nicht enthalten sei. Für ihn stelle sich die Frage, warum die Beteiligungsunternehmen Wirtschaftspläne aufstellen, die nicht die ausgelobten, bzw. beschlossenen Ziele des Stadtrates verfolgen. Insofern werde Stadtrat Stachel diesen Wirtschaftsplänen, die die eigentliche Beschlusslage nicht abbilden, nicht zustimmen. Für ihn gebe es nur zwei Lösungsmöglichkeiten, wie die Änderung der Wirtschaftspläne oder der Ziele. Dies sei ein maßgeblicher Punkt bei den ganz vielen Stellen, die man in Zukunft im Fokus behalten müsse. Es werden Ziele ausgelobt und den Menschen etwas vorgemacht. Er sei von einem Plan für die Klimaneutralität 2035 ausgegangen, aber diesen habe man nicht. Einen Plan gebe es nur, wenn man das Ziel mit den hinterlegten wirtschaftlichen Maßnahmen erreichen könne. Wenn man diesen Plan nicht wirtschaftlich hinterlegen könne, dann sei dies ein Wunschzettel. Die maßgebende Frage sei hier, wo man hinwolle. Darauf müsse man sich einigen.

Stadtrat Wittmann teilt mit, dass die CSU-Stadtratsfraktion nicht zustimmen werde. Es sei allen klar, dass man die Klimaneutralität betreffend, keine Zeit mehr habe. Er bemängelt, dass ein Jahr um das andere vergehe ohne das substanzuell etwas passiere. Plakataktionen kosten viel Geld, bringen aber zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung nichts. Es sei höchste Zeit, dass in den Wirtschaftsplänen, dass was gefordert worden sei, abgebildet werde. Nach der Kalkulation von Stadtrat Wittmann benötige man im städtischen Haushalt jährlich einen Betrag von bis zu 100 Mio. Euro, um bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu werden. Wenn man von dem Ziel abweiche, werde man von der Realität eingeholt. Die Klimaerwärmung gehe so dramatisch voran, dass es höchste Zeit sei, hier ein Zeichen zu setzen. Solange man dies nicht in Griff bekomme, werde eine Steuererhöhung diese Probleme nicht lösen. Er betont nochmals, dass die CSU-Stadtratsfraktion den vorgelegten Wirtschaftsplänen nicht zustimmen werde.

Den Ausführungen seiner Vorredner zur Klimaneutralität 2035 pflichtet Stadtrat Köstler bei. Bei den ganzen Haushaltsdiskussionen für das nächste Jahr, habe man immer dieses Thema ausgelassen. Dies sei bei keinen Bilanzen oder Überlegungen mit eingeflossen. Insofern habe die ödp-Stadtratsgruppe die Überlegung getroffen, wie man mit dieser Wärmeplanung umgehen könne. Hier sei die Frage, ob man dieser zustimmen müsse, weil man ansonsten das Ziel 2035 über Bord schmeiße. Die Frage sei auch, woher man die 300 Mio. Euro für die Umsetzung in den nächsten Jahren nehmen wolle. Stadtrat Köstler erwarte von den verschiedenen Stadtratsgruppen und Fraktionen sich hierzu Gedanken zu machen. Weiter kündigt er einen Antrag der ödp-Stadtratsgruppe zur Klärung dieser Finanzierung an.

Stadtrat De Lapuente erkundigt sich zu den Entscheidungen in den Aufsichtsräten.

Nach den Worten von Oberbürgermeister Dr. Scharpf seien hier alle mitgegangen.

In den Aufsichtsräten mit Vorsitz von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, seien die Beschlüsse zu den Wirtschaftsplänen in der Regel von allen getragen worden. Sie betont, dass man einen Grad der Verlässlichkeit brauche.

Stadtrat Schäuble verweist auf die Ausführungen von Bürgermeisterin Kleine im Planungsausschuss, dass die Finanzkraft der Stadtwerke nicht ausreichen werde, um die Transformationskosten per Kreditaufnahme zu leisten. Die Bürgermeisterin habe von kreativen Ideen, die man benötige um diesem her zu werden, gesprochen. Stadtrat Schäuble merkt an, dass ihm diese Zahlen vor dieser Wärmeplanung so nicht bekannt gewesen seien. Diese Zahlen seien erschreckend und insofern seien die Äußerungen schon legitim. Er regt an dies in der Stadtratssitzung so zu gestalten, dass über die Wärmeplanung diskutiert werde und danach über die Wirtschaftspläne, damit man eine konsistente Beschlusslogik habe.

Der Finanzausschuss beleuchte die Dinge aus Finanzsicht. Dabei verweist Stadtrat Stachel auf die Stadtwerke Ingolstadt Freizeitanlagen GmbH. Hier habe man als wesentlichen Punkt den Kostenfaktor Donautherme. Man habe auf der Grundlage von überhöhten Besucher- und Umsatzannahmen die Investitionsentscheidung für die Attraktivierung und Erweiterung getroffen. Das wisse man; nun aber müsse man mit realistischen Zahlen in die Zukunft planen. Genau das passiere aber nicht; in der Planung werden neben weiterhin hohen Besucherzahlen auch Preiserhöhungen berücksichtigt, die sich kaum durchsetzen lassen werden. Das Zahlenwerk werde so zurecht geschrieben, wie es passen solle. Dies funktioniere aber so nicht und Stadtrat Stachel wolle mehr Wahrheit in den Zahlen sehen. Diese Problematik habe man auch im Baubereich immer wieder. Die Wahrheit sei auch die Zahlen betreffend besser. Stadtrat Stachel unterstelle keine Lügen, aber bei den Zahlen müsse man sich an der Realität bewegen. Vor diesem Hintergrund müssen die Wirtschaftspläne angepasst werden.

Stadtrat Wittmann könne den Vorwurf, dass man sich bei der Abstimmung im Aufsichts- oder Verwaltungsrat anders verhalte als im Stadtrat so nicht stehen lassen. Er wolle schon darauf hinweisen, dass den Wärmeplan betreffend, die Schlüsselrolle bei den Stadtwerken liege. Diese haben sehr kontrovers über dieses Thema diskutiert. Hier werde man Vorschläge einbringen müssen, um der Beschlussfassung des Stadtrates gerecht zu werden. Der Schlüssel für den Wärmeplan liege bei den Stadtwerken und diese werden das nicht aus eigener Kraft umsetzen können. Dies müsse jedem klar sein und deshalb müsse man irgendwo ansetzen. Irgendwann müsse man beginnen sich der Finanzierungsthematik stellen. Gerade die Diskussion bei den Stadtwerken sei noch nicht abgeschlossen. Es werden keine erfreulichen Zahlen auf die Stadt zukommen, aber dem Klimaschutz müsse man sich stellen. Man müsse Überlegungen anstellen, wie man dies bewerkstelligen wolle, aber es könne nicht gewartet werden bis das Geld hierfür vorhanden ist. Dies funktioniere beim Klimaschutz definitiv nicht, so Stadtrat Wittmann.

Stadtrat De Lapuente erwarte von den Aufsichtsräten schon einen Weitblick auf die Stadtratsarbeit und dass man diese in sein Abstimmverhalten in Gremien der Unternehmen mit einbeziehe. Es laufe etwas falsch, wenn die Beschlüsse bei den Aufsichtsräten einstimmig seien und dann im Stadtrat diskutiert werden.

Stadtrat Stachel verweist auf Gespräche mit seinem Fraktionskollegen Böttcher der mitgeteilt habe, dass etliche Beschlüsse nicht einstimmig gewesen seien. Stadtrat Böttcher habe dagegen gestimmt. Vor dem Hintergrund werde man darauf achten, dass in Zukunft bei

solchen Beschlüssen ein namentliches Festhalten beim Abstimmungsergebnis im Protokoll gefordert werde.

Zur Wärmeplanung informiert Oberbürgermeister Dr. Scharpf, dass es sich hier um eine gesetzliche Aufgabe handelt. Es sei die gesetzliche Pflicht den Istzustand zu erheben und darauf aufbauend als ersten Schritt eine Wärmeplanung aufzubauen. Er betont, dass nichts anderes getan worden sei. Dies sei noch nichts was in einen Wirtschaftsplan einfließen könne. Es funktioniere erst, wenn man sich festgelegt habe wie die Umsetzung zeitlich mit welchen Maßnahmen erfolgen solle, die man dann beplanen und die Finanzierung klären könne.

Der Wärmeplan sei das eine Thema, so Stadtrat Stachel. Es sei eine Bestandsaufnahme, die gerade mit dem Ziel existiert, dies für die Zukunft zu entwickeln. Aber das ausgerufene Ziel der Stadt Ingolstadt sei die Klimaneutralität 2035. Dies sei von diesem Wärmeplan völlig unbenommen und sei schon längst beschlossen. Aufgrund dieser Beschlusslage seien diese Wirtschaftspläne so anzupassen, dass die Ziele damit erreicht werden. Der Wärmeplan werde ein großes Hilfsmittel sein um zu zeigen, wo die Potentiale seien und das Geld am wirtschaftlichsten eingesetzt werden könne, um dem Ziel möglichst nahe zu kommen. Insofern sei der Wärmeplan ein wichtiges Element, der aber die Probleme nicht lösen werde. Stadtrat Stachel werde dem Wärmeplan zustimmen können, weil dieser eine gute Vorarbeit für das, was daraus folgt, sei.

Gegen 5 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.